



**Rheinau-Süd:** Bürgerversammlung der Siedlergemeinschaft zur Umbenennung von Straßen, die nach Kolonialisten und Rassisten benannt sind

## "Es wäre ein Umzug ohne Möbelwagen"

Von unserem Redaktionsmitglied Konstantin Groß

Die Bürger von Rheinau-Süd sind gegen die Umbenennung von Straßen im Ortsteil. Da jedoch auch sie der Meinung sind, dass es sich bei einigen der Namenspaten um fragwürdige historische Persönlichkeiten handelt, kam der Vorschlag auf, die Straßenschilder durch erläuternde Hinweistafeln zu ergänzen.

Ausgelöst wurde die Diskussion durch die Grünen im Gemeinderat: Das Stadtarchiv, so ihr Antrag, solle prüfen, welche Straßen in Mannheim Namen von Personen tragen, die dieser Ehre nicht würdig sind.

### **IG Siedlung im Fokus**

Schnell kam die IG-Siedlung ins Visier, deren Straßen im Dritten Reich nach teilweise rassistischen Vertretern des Kolonialismus wie Karl Peters und Gustav Nachtigal, Lüderitz und Leutwein benannt wurden.

Um das Thema zu diskutieren, hatte die BASF-Siedlergemeinschaft Rheinau-Süd die Bürger, aber auch die Mandatsträger, ins Siedlerheim eingeladen, das mit über 100 Anwesenden aus allen Nähten platzte. Vorsitzender Wolfgang Lehmpfuhl sprach sich gleich zu Beginn gegen eine Umbenennung aus.

### **Aufwändige Prozeduren**

"Eine solche Maßnahme wäre für die Bewohner faktisch ein Umzug, denn bis auf den Möbelwagen hätte dies die gleichen Folgen", argumentierte Lehmpfuhl und nannte als Beispiele aufwändige Prozeduren bei Änderung der Personalpapiere. Für Menschen, die 60 oder gar 70 Jahre hier leben, hätte dies eine Entfremdung von ihrer Umgebung zur Folge.

Die Diskussion konzentrierte sich rasch auf die Karl-Peter-Straße, die 1940 nach dem 1856 geborenen Kolonialisten benannt wurde. "In vielen deutschen Städten wurden Karl-Peters-Straßen bereits umbenannt", erläuterte Dr. Ulrich Nieß, Chef des Stadtarchivs Mannheim.

Peters sei sogar von der kaiserlichen Regierung als unbelehrbarer Rassist und Mörder entlassen und von den Nazis verherrlicht worden: "Eigentlich ist dieser Name nicht zu halten." Umbenennungen seien aber schwierig: "Was machen wir mit Richard Wagner, unzweifelhaft ein großer Komponist, aber ebenso unzweifelhaft ein großer Antisemit?"

"In meinem Land sind Schulen und Hotels nach Gustav Nachtigal benannt", berichtete Kodjo Djahini aus dem afrikanischen Staat Togo, der hier in Deutschland arbeitet.

## **Sich der Geschichte stellen**

"Wir dürfen vor unserer Geschichte nicht fliehen", meinte ein Anwohner: "Doch das würden wir tun, wenn wir einfach die Straßenschilder abnehmen." Er sprach sich zwar gegen Umbenennungen aus, schlug aber vor, die Straßenschilder mit Erläuterungen zu versehen, die das Wirken dieser Personen aufzeigen: "Da kann man ruhig draufschreiben, dass dies ein Verbrecher war."

Für diesen Kompromiss warb sehr emotional auch Oliver Reulmann, Vorstandsmitglied der Siedler. "Wir wollen diese Verbrechen nicht vergessen", versicherte er. Auch die Stadträte Rolf Dieter und Paul Buchert stimmten der Idee zu.

Der Vertreter des für die Straßennamen zuständigen Fachbereichs Geo-Information, Gerhard Michel, äußerte sich dagegen kritisch: "Das schafft erst recht eine Wallfahrtsstätte für Rechtsradikale." Er verwies stattdessen auf die Vorgehensweise anderer Städte mit Karl-Peters-Straßen. Dabei wird an das Straßenschild ein Hinweis angefügt, dass es sich bei diesem Peters um einen renommierten Juristen handle: Karl Peters, geboren 1939 in Münster, von 1993 bis 2004 Präsident des Bundessozialgerichtes.

Wolfgang Lehmpfuhl jedenfalls war von dieser Idee begeistert. Die Behandlung der anderen Straßen harrt jedoch weiter einer Lösung.

## **Was die Kommunalpolitiker sagen**

Für die **Grünen** warb Stadtrat **Matthias Meder** für die Umbenennung. Es gelte, ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen, indem einem „bekannten Rassist“ wie Peters die Ehre des Straßennamens aberkannt werde. Zudem dürfe es keine potentiellen Wallfahrtsstätten für Neonazis geben

Für die **Mannheimer Liste** stimmte Stadtrat **Rolf Dieter** zu, dass es sich hier um keine „ruhmreichen“ Persönlichkeiten handle. Entscheidend sei für ihn das Votum der Bürger: „Wenn Sie sagen, Sie können mit den Namen leben, dann kann

ich es auch.“

Von der **SPD** lehnte Bezirksbeirats-sprecher **Kurt Kubinski** Umbenennungen prinzipiell ab: „Wo anfangen, wo aufhören?“ Keinesfalls sollten die Bürger die Kosten tragen müssen.

„Wer umbenennen will, soll das zahlen“, meinte Stadtrat **Paul Buchert** von der **CDU**. Bezirksbeirat **Helmut Losert** argumentierte, Peters stehe für das Scheitern rassistischer Ideen.